

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 28 (2002)

Heft: 1

Rubrik: Aus nah und fern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein neues Gesicht für die europäische Hochschullandschaft

Der Bologna-Prozess und die Studienreform in der Schweiz

Von Konrad Osterwalder und Ulrich Gäbler*

In zahlreichen europäischen Ländern wird – unabhängig von der EU – der Aufbau der Hochschulstudien nach Grundsätzen reformiert, die neben der Qualität die internationale Vergleichbarkeit und damit Mobilität gewährleisten sollen. In der Schweiz ist dieser Prozess relativ zügig in Gang gebracht worden. Dabei geht es nicht zuletzt um die Attraktivität der Hochschulen im internationalen Wettbewerb um gute Wissenschaftler.

Mit dem Namen «Bologna» verbindet sich seit einiger Zeit, neben dem Hinweis auf die älteste Universität der Welt, auch die derzeitige Diskussion um die Reform der europäischen Hochschulen. Am 19. Juni 1999 haben Vertreterinnen und Vertreter von 31 Regierungen die Erklärung von Bologna über den «Europäischen Hochschulraum» unterzeichnet. Mit der Unterschrift von Charles Kleiber, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, hat sich auch die Schweiz zu den in Bologna verabschiedeten Prinzipien bekannt.

Mobilität und Qualität

Der Text von Bologna ist eine politische Willenserklärung, die auf eine grössere Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit des europäischen Hochschulsystems abzielt. Dabei sind drei hauptsächliche Anliegen im Blickfeld: die Erhöhung der studentischen Mobilität, die Verbesserung der Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt sowie der globalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems. Im Einzelnen sollen diese Ziele durch eine Reihe von Massnahmen erreicht werden: Ein dreistufiges Studienmodell mit Bachelor-, Master- und Doktorgrad löst das bisher zweistufige Modell mit Diplom und Doktorat ab. Die Anerkennung von Studienleistungen geschieht mit Hilfe eines Kreditpunktesystems. Die Mobilität wird gefördert, die Qualität mit vergleichbaren Akkreditierungsmechanismen wird kontrolliert. Die Schaffung von integrierten Studiengängen zwischen Universitäten vervollständigt den Katalog. Die Umsetzung des Pakets soll europaweit Ende 2010 abgeschlossen sein.

Irreversible Bewegung

Die Erklärung von Bologna ist nun gerade etwas über zwei Jahre alt. Sie löste in dieser kurzen Zeit einen bisher nach Umfang und Intensität nicht gekannten Diskussionsprozess aus. In praktisch allen europäischen Ländern ist «Bologna» zum beherrschenden Thema der Universitätspolitik geworden. Der sogenannte «Bologna-Prozess» hat die Reform des Universitätswesens in ganz Europa entweder beschleunigt oder überhaupt erst in Gang gebracht. Nach allgemeiner Einschätzung ist dieser Prozess irreversibel, der Wille zur Modernisierung der Universitäten gesamteuropäisch gegeben. Über 500 Repräsentanten europäischer Universitäten haben dieses Jahr

an einer Konferenz in Salamanca ihre Zustimmung zu den Vorschlägen der Regierungen signalisiert und dem Prozess damit eine zusätzliche Dynamik gegeben. Dabei wurden auch verschiedene Klarstellungen und Präzisierungen vorgeschlagen, die dann grösstenteils an einer weiteren Konferenz der Regierungsvertreter in Prag bestätigt wurden.

Für die Schweiz bildet der Bologna-Prozess ein ideales Mittel, die Erneuerung der Universitäten und Hochschulen gezielt voranzutreiben. Zwar hatte an vielen Universitäten und Hochschulen diese Modernisierung schon früher eingesetzt: In «Bologna» findet sich nun auch der Ansporn, diese gesamtschweizerisch an europaweit gültigen Prinzipien zu harmonisieren. Unter der Führung der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (Crus) ist der Prozess bereits weit gediehen. An verschiedenen Schweizer Universitäten sind grosse Vorarbeiten geleistet worden. In einigen Institutionen ist die Reform schon gesamthaft in die Wege geleitet, andernorts sind zunächst ganze Studiengänge auf die neuen Erfordernisse umgestellt worden.

Modularisierung und Kreditpunktesystem

Die Verwirklichung des Bologna-Modells hat weitreichende Konsequenzen. Die Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit verlangt zunächst eine konsequente Strukturierung des Studiums von den Studienzielen her. Im Weiteren ist eine durchgängige Modularisierung des Unterrichts die Voraussetzung für die Transparenz und Planbarkeit des Studiums. Damit ist die Gliederung von Studiengängen in klar definierte und mit Kredit- oder Anrechnungspunkten gewichtete Einheiten gemeint. Diese geben den Studierenden extensive Wahlmöglichkeiten und erlauben es ihnen, ein Studium auch fach- und universitätsübergreifend zu gestalten. Modularisierung und Kreditpunktesystem erleichtern somit die immer wieder geforderte Mobilität, die als wesentliches Element für die kulturelle Annäherung innerhalb Europas gilt.

Natürlich birgt dieses System auch die Gefahr in sich, dass einer etwas armseligen Form von Ausbildung der Weg bereitet wird: Wissen, gleichgesetzt mit Wissensstoff, wird in sehr kleinen Portionen gesammelt und mit Punkten honoriert. Wenn man genug davon hat, so die Meinung, dann ist man «fertig», dann hat man Einsicht und Übersicht. Ein solches Denken wäre fatal, es würde der Intention der Reform völlig zuwiderlaufen. Darum muss beim modularisierten Unterricht gerade der integrierenden Einsicht,

* Professor Konrad Osterwalder ist Rektor der ETHZ und Präsident der Projektleitung Bologna-Koordination der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten. Professor Ulrich Gäbler ist Rektor der Universität Basel.

dem Blick für das Ganze, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Lehrveranstaltungen, welche diese Kompetenz fördern, müssen einen sehr hohen Stellenwert bekommen, und die Fähigkeit zu solcher Einsicht muss am Schluss des Studiengangs auch überprüft werden.

Bachelor als neue Stufe

Noch sind eine Reihe von Detailfragen zu klären, bis «Bologna» überall Wirklichkeit geworden ist. Die Einführung des dreistufigen Studienmodells bedeutet die Unterteilung des bisherigen Lizentiats- oder Diplomstudiums in zwei Zyklen: den Bachelorzyklus von dreijähriger und den Masterzyklus von ein- bis zweijähriger Dauer, wobei die Anforderungen inskünftig nicht mehr durch Jahre, sondern durch die Anzahl zu erwerbender Kreditpunkte ausgedrückt werden. Die Einführung des Bachelorgrads ist zwar beschlossene Sache, dessen Stellenwert aber noch in der Diskussion. Die Erklärung von Bologna hält eindeutig fest, dass bereits der Bachelorgrad berufsqualifizierenden Charakter haben soll, eine Forderung, die in Deutschland sogar im Gesetz festgelegt ist. Auf Grund der Diskussionen in Salamanca haben sich die Minister in Prag darauf geeinigt, dass die Studienprogramme, welche zu einem Grad führen, durchaus verschiedene Zielsetzungen und Profile haben können, derart, dass den diversen Ansprüchen der Individuen, des Arbeitsmarktes und der Academia gebührend Rechnung getragen werden kann.

Insbesondere in Ländern mit einem entwickelten Fachhochschulwesen wie der Schweiz drängt sich eine polyvalente Definition des Bachelors auf. Für die Fachhochschulen wird der berufsqualifizierende Bachelor zum Regelfall für den Abschluss. An den universitären Hochschulen muss die erste Studienstufe auf jeden Fall eine solide wissenschaftliche Grundausbildung vermitteln, die zum Weiterstudium in einem Masterprogramm befähigt, einen Wechsel der Hochschule oder auch der Studienrichtung zulässt sowie einen Eintritt ins Erwerbsleben ermöglicht – gegebenenfalls mit einem späteren Eintritt in ein Masterprogramm oder ein berufsbegleitendes Weiterbildungsstudium. Die Herausforderung für die Universitäten besteht darin, die Wissenschaftlichkeit des Bachelorstudiums nicht zugunsten von Berufsqualifikationen zu vernachlässigen, was einen klaren Qualitätsverlust für die universitäre Ausbildung bedeuten würde. Klar ist, dass der Grad, sei es der Bachelor, der Master oder der Doktor, allein noch keine abschliessende Auskunft über die Qualität der Ausbildung gibt: Je länger, je wichtiger wird es sein, an welcher Institution der Grad erworben wurde und wie ihn der Arbeitsmarkt bewertet.

Im globalen Wettbewerb um Talente

Eine bessere Strukturierung des Studiums soll nach der Erklärung von Bologna die Wettbe-

werbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems erhöhen. Die europäischen Universitäten wollen mit der auf dem Bachelor aufbauenden Masterstufe sowie der anschliessenden Doktorandenausbildung eine grössere Zahl exzellenter Studierender aus aller Welt anziehen. Es gilt, mit einem vergleichbaren System und hervorragenden Leistungen die USA als bisher unbestrittenen Leader auf dem globalen Bildungsmarkt herauszufordern. Insbesondere geht es darum, mehr Studierende aus Lateinamerika und aus dem asiatischen Raum nach Europa zu bringen. Die damit verbundenen Hoffnungen lassen sich folgendermassen beschreiben: Zum einen kehren Absolventinnen und Absolventen aus Übersee in ihre Heimatländer zurück und werden zu wichtigen Informationsträgerinnen und -trägern. Zum ande-

ren integrieren sie sich in die westlichen Bildungs- und Forschungsinstitutionen oder in die Industrie und helfen damit, die wissenschaftliche Elite zu verbreitern. Der Wettbewerb um Talente wird zukünftig eine zunehmend wichtige Rolle spielen, wie etwa jüngere Entwicklungen auf dem Informatiksektor zeigen.

Die Universitäten selber werden die Zulassung zu den Masterprogrammen regeln, so wie das schon heute für die Doktoratsprogramme gilt. Dies behindert die Mobilität nicht. Im Gegenteil. Die verschiedenen Institutionen gewinnen an eigenem Profil. Das hilft den Studierenden, wenn sie aus einer Vielzahl von Möglichkeiten ihren Studienort wählen müssen. Allerdings darf der Wettbewerb nicht zu einem dauernden innereuropäischen «Brain Drain» führen. Eine international garantierte Qualitätssicherung und Akkreditierung auf gesamteuropäischer Ebene muss hier ausgleichend wirken.

Mit dem Bologna-Prozess erhalten die Universitäten und Hochschulen Europas die einzigartige Chance, die in der Vergangenheit immer wieder erhobene Forderung nach einer verstärkten Annäherung der nationalen Bildungssysteme im tertiären Bereich durch Abbau von gesetz- oder reglementsbedingten Hindernissen Wirklichkeit werden zu lassen. Gerade für das Nicht-EU-Land Schweiz ist diese Herausforderung von vitaler Bedeutung. Es stellt der schweizerischen Bildungspolitik sowie den Universitäten und Hochschulen ohne Zweifel ein gutes Zeugnis aus, dass die Herausforderung angenommen wird, die Studiengänge von Grund auf zu überdenken und konsequent auf die Bedürfnisse der Studierenden auszurichten. Dabei gilt es, Gleichmacherei und Nivellierung nach unten um jeden Preis zu vermeiden. Auf Grund der bereits in der Vergangenheit geleisteten Vorarbeit wird die Schweiz in der Lage sein – zusammen mit anderen –, Standards für die weitere Entwicklung zu setzen.

Quelle: NZZ vom 6.11.01, Nr.258
S. B 14 f.

Wir Sklaventreiber

Edelgard Bulmahns Reformpläne
Von Friedrich Wilhelm Graf

Am 8. Februar 1999 nahm die neue Bundesministerin für Bildung und Forschung erstmals an einer Verleihung von Leibniz-Preisen teil. In ihrem Grußwort überraschte Edelgard Bulmahn führende Vertreter der Wissenschaftsorganisationen und prominente Forscher mit einer harten Fundamentalkritik deutscher Universitäten. Zustimmung zitierte sie Robert May, einen Wissenschaftsberater Tony Blairs: „Das von strengen Hierarchien geprägte System nutzt die Energie junger Leute nicht. Es ist hoch effektiv für etablierte Forscher in Spitzenpositionen, die auf die Sklavendienste Jüngerer zurückgreifen können.“ Die Preisträger reagierten erstaunt. Honorierte die DGF erfolgreiche Sklaventreiber? Die wissenschaftliche Förderpreise dem bösen Zweck, auf den Arbeitsmärkten stellenloser Jungakademiker Geistessklaven anwerben zu können?

Drei Jahre später wähnt sich die Ministerin am Ziel ihres heroischen Freiheitskampfes, geknechtete Assistenten aus alter Lehrstuhlfuror zu befreien. Im Streit um den „Juniorprofessor“ attestiert sie ihren professoralen Kritikern nun „fehlende soziale Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern“. Im Sozialjargon des Obrigkeitsstaates belehrt sie Betroffene von der wissenschaftlichen Hilfskraft bis zum Lehrstuhlinhaber, eine treusorgende Berliner Bürokratie kenne die wahren Interessen der Individuen besser als diese selbst. Doch warum blasen die armen Assistenten-Sklaven zum Aufstand gegen ihre Befreierin? Weshalb brechen bislang mißbrauchte Privatdozenten nun aus dem Elfenbeinturm aus?

Vor allem Geisteswissenschaftler lehnen den „Juniorprofessor“ vehement ab. Sie sehen Forschung und Lehre zunehmend von Mechanismen bedroht, die in den Natur- und Technikwissenschaften sinnvoll sein mögen, geisteswissenschaftliche Kreativität aber zu zerstören drohen. Die herrschende Forschungsförderung wirkt in den Geisteswissenschaften häufig kontraproduktiv und verhindert innovatives Denken. „Wissenschaft als Beruf“ und die gebotene Verantwortung gegenüber jüngeren Wissenschaftlern bedürfen neuer Diskussion. Frau Bulmahn begründet ihre Reform mit Konzepten einer „Personalentwicklung“, die halbseidene Unternehmensberater für den Aufstieg vom Banklehrling zum Leiter einer Kreissparkasse entwickelt haben. Darf man noch daran erinnern, daß Universitätsprofessoren Gelehrte sein sollen, die für ihre Bildung selbst Verantwortung tragen?

Qualitativ erfolgreiche Wissenschaft wird zunehmend nach ökonomischen Kriterien bemessen. Vom symbolischen Kapital der Bildung haben wir auf harte Drittmittelwährung umgestellt. Als gut gilt, wer externen *cash* besorgt. Dies hat den professionellen Habitus auch vieler Geisteswissenschaftler tiefgreifend verändert. Humboldts „Einsamkeit und Freiheit“ werden durch Projektaktivismus und Geldeinsammelhektik abgelöst. In den universitätsinternen Verteilungskämpfen zwischen Natur- und Geisteswissenschaftlern können letztere die Betriebsmittel für den Lehrstuhl

oder das Institut nur sichern, wenn auch sie eine hohe Drittmittelquote vorweisen. Wegen der massiven Stellenstreichungen im Mittelbau läßt sich Nachwuchs weitgehend bloß über extern finanzierte Stellen fördern. Gerade leistungsorientierte Hochschullehrer haben sich in den letzten Jahren unter Druck setzen lassen und selbst gesetzt, in großem Stile Drittmittel einzuwerben. Die neuen Zwänge der Geldbeschaffung wurden so erfolgreich internalisiert, daß „der Antrag“ zum Gütesiegel geistiger Produktivität geworden ist.

Die Konzentration auf Drittmittel mag für die Naturwissenschaften produktiv sein. In den Kulturwissenschaften bewirkt sie ambivalente Folgen. Naturwissenschaftliche und medizinische Forschung folgen weitgehend der Logik eines hochgradig arbeitsteiligen Großbetriebs, in dem Forschungsteams kooperativ Erkenntnis durchs serielle Experiment gewinnen. Im Labor gibt häufig „der Chef“ Ideen vor, die von den Mitarbeitenden „durchgetestet“ werden. Das Resultat sind Kollektivpublikationen vieler Autoren, bei denen die Rangfolge der Namensnennung neben individuellen Anteilen auch hierarchische Positionen abbildet. Arbeitsteiliger Forschung sind in den Geisteswissenschaften deutlich engere Grenzen gesetzt. Die Forschungsstile bleiben dort an die kritische Reflexion des einzelnen gebunden. Sowenig Sonderforschungsbereiche kollektiv Symphonien komponieren können, sowenig lassen sich gute Bücher durch vernetzte Forschungsteams schreiben. Geisteswissenschaft, die einer geistlosen Projekttheorie entgehen will, bedarf ruhiger Freiräume. Stammzellenforscher können Geld einwerben, indem sie mehr oder minder seriöse medizinische Heilsversprechen machen. Chemiker und Ingenieure können sich in der Globalisierungsfalle als Retter des Standortes Deutschland empfehlen. Kein Religionswissenschaftler kann aber der Gesellschaft weismachen, durch Projekte zu „Religion und Gewalt“ den Terrorismus aus der Welt zu schaffen. Geisteswissenschaftler finden für ihren erzwungenen Drittmittelaktivismus nur ein Argument: dem wissenschaftlichen Nachwuchs Stellen zu sichern.

Das wachsende Gewicht externer Finanzierung hat zu tiefgreifenden Veränderungen in Selbstbild und Berufspraxis vieler Geisteswissenschaftler geführt. Der Erfolgsprofessor neuen Typs muß Selbstunternehmer, Vortragsreisender und Administrationspartisan sein. Konzentrierte Arbeit am Schreibtisch tritt hinter Dauerpräsenz auf Foren des Kultur- und Medienbetriebs zurück. Der neue „Wissenschaftsunternehmer“ (Dieter Langewiesche) braucht viel Kraft, um den fortwährenden Zeitraub durch ineffiziente Wissenschaftsverwaltungen ertragen zu können. Alle Drittmittel müssen über die Universitätsbürokratien verwaltet werden. Auch die bei nichtstaatlichen Organisationen eingeworbenen Mittel erhält der „Wissenschaftsunternehmer“ allein durch die Universitätsverwaltung. Dies bedeutet Tag für Tag unendlich viel Leerlauf und eine absurde Steigerung bürokratischer Komplexität.

Man muß viel Weber und noch mehr Luhmann gelesen haben, um sich durch die subsystemische Ausdifferenzierung bürokratischer Funktionsrationalität nicht in Zynismus treiben zu lassen. Viele Universitätsverwaltungen sind durch die widersprüchliche Zwitterstellung zwischen altem staatlichem Kameralismus und neuer Drittmittel-Marktrationalität dramatisch überfordert. Erfolgreiche Drittmittelinwerbung kann schnell destruktiv wirken: Der Wissenschaftler verschwendet seine knappste Ressource, freie Zeit, zunehmend für Verwaltungskämpfe. Kann man es intelligenten Jüngeren verübeln, eine solche „Ununiversität“ zu fliehen? Wer schreibt endlich den DFG-Antrag zur Analyse jener kollektiven Antragszwänge, durch die wir uns zunehmend beherrschen lassen?

Die Laufbahnmuster für den „Juniorprofessor“ verstärken in den Geisteswissenschaften den Trend zu Provinzialität und mieser Lehre. Wie kann ein Juniorprofessor mit acht Stunden Lehrdeputat, der sich für sein zweites Buch die Forschungsmittel selbst besorgen soll, besser forschen und lehren als ein von der Drittmittelinwerbung entlasteter Assistent oder Privatdozent mit zwei oder vier Stunden Lehrverpflichtung? Daß selbst nichtstaatliche, bei wem auch immer erworbene Stipendien in die neuen Fristenregelungen des öffentlichen Wissenschaftsdienstes einbezogen werden, ist ein skandalöser Willkürakt, der aller wohlfeilen Rhetorik von Effizienz und internationaler Konkurrenzfähigkeit Hohn spricht. Mit derselben Logik ließen sich auch Kindergartenjahre als Qualifikationsphase zum „Juniorprofessor“ deuten.

Die Ministerin kann ihre sozialen Glückversprechen nur durchhalten, wenn sie ihren Jungprofessoren, die nach sechs Jahren keine Dauerstellen gefunden haben, durch Hausberufungen solche verschafft – mit der Folge weiterer Qualitätsverluste. Für die Geisteswissenschaften ist ihre Reform der zerstörerischste Akt der neueren deutschen Hochschulpolitik. In meinem Umkreis werden mehrere jüngere, *summa cum laude* promovierte Gelehrte, die zum Teil Familienmütter oder -väter sind, keine Vertragsverlängerungen mehr erhalten können, obwohl erfolgreich Drittmittel eingeworben wurden. Schon bald werden mehrere Generationen von Nachwuchswissenschaftlern fehlen. Die Akademien werden hochspezialisierte Mitarbeiter auf Projektstellen entlassen müssen. Und das alles nur, weil eine intellektuellenfeindliche Politikerin an ihre katastrophal falschen Bilder von der akademischen Sklavenhalterei glaubt. Jetzt hat sie die Sklaven befreit, indem sie sie in die Arbeitslosigkeit entläßt.

PS: Als Mitglied im Hochschulrat der Universität der Bundeswehr München ist mir vor wenigen Tagen mitgeteilt worden, daß an den beiden Bundeswehruniversitäten, dem rechtlichen Status nach Privatuniversitäten des Bundes, keine Juniorprofessuren eingerichtet werden sollen. Mißtraut die Bundesregierung ihrer eigenen Reform?

Der Verfasser lehrt evangelische Theologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Quelle: FAZ 31 / 6.2.02, 44

Drittmittel als Allheilmittel

Zum Artikel „Raus aus dem Elfenbeinturm und rein in die Märkte“ (F.A.Z.-Wirtschaftsteil vom 11. Februar): Die Feier des „Aufbruches“ der Universität Heidelberg, Deutschlands ältester Universität, in die Zukunft durch ihren Rektor, vom Verfasser mit Beifall aufgenommen, müßte jedem Kundigen die Tränen des Überdrusses und des Zorns in die Augen treiben. Seit einigen Jahren gilt die Einwerbung von Drittmitteln als Indikator für die „Leistung“ der Forscher an den Universitäten. Kein Wunder, denn die Drittmittel gehören zu den wenigen Indikatoren, die sich in Zahlen ausdrücken lassen. Was aber ist damit gemeint, und inwiefern eignet sich dieser Indikator zur Bemessung der Effektivität der Forschung an der Universität?

Der Öffentlichkeit mag die Unterstellung plausibel erscheinen, es handle sich um eine Bewegung der Universität „Raus aus dem Elfenbeinturm und rein in die Märkte“ – angespornt vom „internationalen Wettbewerb“. In Wirklichkeit gibt es Märkte nur für Fächer wie die angewandten Naturwissenschaften, für Technik und Informatik, in denen ein Quid pro quo zwischen Industrie und Forschung stattfindet, zu der Mittel für teure Maschinen und technisches Hilfspersonal erforderlich sind. In den Wirtschaftswissenschaften gibt es analoge Möglichkeiten. In allen anderen Disziplinen gibt es keine Märkte, sondern die

Förderung kommt vom Staat, vorzugsweise von der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder von verschiedenen Stiftungen. Die Produkte bestehen in den theoretischen Fächern überwiegend in Büchern und Zeitschriftenartikeln, für die es keinen Markt gibt, sondern deren Drucklegung gegebenenfalls wiederum durch Drittmittel subventioniert werden muß.

Ein anderes „Produkt“ ist der wissenschaftliche Nachwuchs, der mit solchen Stellen finanziert wird. Ist das nicht ein löblicher Aspekt? Er wäre es, wenn dieser Nachwuchs hinreichende Aussichten auf eine Zukunft in der Wissenschaft oder anderen Berufen hätte. Es handelt sich dabei jedoch überwiegend um junge Wissenschaftler, denen der Zugang zur Hochschule versperrt sein wird, wenn die Juniorprofessur als der einzige Weg etabliert ist. Es wird über Drittmittel also weiter Nachschub zum „Verschrotten“ produziert, wie das auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft tut, wenn sie trotz ihrer Unterstützung für die Hochschulreform weiterhin viel Geld für Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs ausgibt, deren Absolventen nach einer maximalen Verweildauer von zwölf Jahren auf einen meist nicht existierenden Markt abgeschoben werden.

Doch der Fortschritt ist nicht aufzuhalten. Allenthalben werden Drittmittelprojekte entworfen, bearbeitet und neu entwor-

fen. Als Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder einer Stiftung kann man ein Lied davon singen, denn die Antragsflut steigt unaufhörlich. Leider wird diese Tätigkeit nicht mit Geld honoriert, man erbringt als Gutachter also keine „Leistung“. An der Universität Heidelberg wäre für solche Unklugen jedepfalls kein Platz mehr. Diese neue Zwangslage ist nicht nur deswegen ärgerlich, weil viele der Forschungsvorhaben dubioser Natur sind und nur deswegen gefördert werden, weil sie auch nicht schlechter sind als andere. Das schlimmste ist, daß wiederum diejenigen darunter zu leiden haben, die ohnehin die Stiefkinder der mißglückten Hochschulreform ohne Studienreform sind, die Studenten. Die Lehrenden, die schon jetzt zu einer angemessenen Betreuung nicht in der Lage sind, werden in Zukunft noch weniger Zeit für sie haben. Statt dessen werden sie, schon des eigenen Ansehens wegen, mit dem Entwerfen und Betreuen von Drittmittelprojekten beschäftigt sein.

Professor Dr. Dorothea Frede, Hamburg

Quelle: FAZ 51 vom 1.3.02, 8